

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **32 (1952-1953)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zur Lage

Das Jahr 1952 wird auch in den kommenden Monaten den Stimmbürger wenig zur Ruhe kommen lassen. Am 20. April findet die Abstimmung über die *Initiative betreffend das Verbot von Umsatzsteuern* statt. In Wirtschaftskreisen wird einigermaßen bemängelt, daß diese Abstimmung nur drei Wochen später als diejenige über das Landwirtschaftsgesetz angesetzt ist, und man macht geltend, daß die für die Abstimmungspropaganda verbleibende Zeit derart zu kurz bemessen sei; es sollten mindestens zwei volle Monate zur Verfügung stehen. Außerdem kommt in diesem besonderen Fall hinzu, daß die Abstimmung eine Woche nach Ostern stattfindet, was für die Vorbereitungen auch nicht gerade förderlich sein kann. Materiell wäre zu sagen, daß die Wünsche aller einsichtigen Bürger, mit Einschluß der Arbeiterschaft, bestimmt dahin gerichtet sind, die Initiative möge mit starkem Mehr verworfen werden. Der Bundesrat hat in seinem Bericht, in dem er die Ablehnung der Initiative empfahl, mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, die Umsatzsteuer aus dem Gefüge der gesamten Steuermaterie herauszubrechen, ohne daß dadurch die Grundlage für die Sicherung der Bundesfinanzen dahinfiele. Wie man weiß, ist seinerzeit die Einführung der Umsatzsteuer wohl abgewogen und in ein entsprechendes Verhältnis zu den Besitzessteuern gestellt worden, ein Verhältnis, das ohne die schwersten Konsequenzen praktisch nicht mehr gelöst werden kann. Demgegenüber läßt nun die Urheberschaft der Initiative leicht erkennen, was bezweckt werden soll, und das ist eben gerade der Grund, weshalb die verantwortungsbewußten Bürger diese Vorlage ablehnen. Der Bürger wünscht eine gerechte Lastenverteilung und eine entsprechende Beziehung zwischen direkten und indirekten Steuern, während die Absichten der Initianten ihrem ganzen Wesen nach darauf gerichtet sind, dieses Verhältnis aufzulösen und damit den Gesamtaufbau überhaupt zu gefährden.

Zwischen *Mitte und Ende Mai* findet dann die nächste Abstimmung statt, welche die *sozialdemokratische Initiative auf Erhebung einer Vermögensabgabe* zum Gegenstand hat. Auch in diesem Falle hat der Bundesrat in seinem Bericht eindeutig die Gründe dargelegt, welche zur Ablehnung führen. Da ist eingangs einmal festzuhalten, daß das Hauptargument der Initianten, es habe in den letzten zehn Jahren eine starke Vermehrung der Vermögen stattgefunden, tatsächlich gar nicht zutrifft. Der Umstand, daß das besteuerte Vermögen in dieser Zeit nicht unbeträchtlich anstieg, ist nämlich nach den Ausführungen des Bundesrates einmal auf die bessere Steuerveranlagungstechnik und die bessere Steuermoral und andererseits auf die Geldentwertung zurückzuführen. Realwertmäßig, so führt der Bundesrat aus, habe keine Vermögensvermehrung stattgefunden. Außerdem wird noch viel zu wenig beachtet, daß die Belastungsgrenze des Vermögens tatsächlich erreicht ist, sagt der Bundesrat. In gewissen Kantonshauptorten steigt heute die Belastung eines Ver-

mögens von Fr. 50 000.— auf 44,9% des Ertrages an, was beispielsweise für den Kleinrentner, der über dieses Vermögen verfügt, bedeutet, daß er sich mit einem Kapitalertrag von Fr. 825.— zufrieden geben muß. Größere Vermögen müssen bis 93,1% des Ertrages abliefern. Im Falle der Annahme der Vermögensabgabe würden größere Kapitalien bis zu 133,8% des Ertrages belastet, und hierzu bemerkt der Bundesrat: Steuern, die dazu führten, daß der dem Vermögensbesitzer verbleibende Restbetrag nur ein Zuschuß an die Kosten der Lebenshaltung darstellen würde, müßten sich auch gesamtwirtschaftlich gesehen schädlich und destruktiv auswirken. Hier würde ein wesentlicher Grundsatz der Demokratie verletzt, nämlich der, daß jeder nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert werden soll. Endlich wird im Bericht des Bundesrates erklärt, der Finanzbedarf für die Ausrüstung bedürfe keiner Vermögensabgabe. So wird im Jahre 1951, in dem für die Rüstung 250 Millionen Franken ausgegeben wurden, die Gesamtrechnung ausgeglichen abschließen, und im Jahre 1952, bei Rüstungsausgaben von 300 Millionen Franken, wird die Staatsrechnung lediglich ein Defizit von 86 Millionen Franken aufweisen. Zur Abklärung sei in diesem Zusammenhang festgestellt, daß es sich hier um die ordentlichen Rüstungsausgaben handelt, während für die außerordentlichen Aufwendungen im Betrage von ca. 1400 Millionen Franken die *Vorlage über die Rüstungsfinanzierung* geschaffen wurde, die zur Zeit vor den Räten in Behandlung steht. Die Abstimmung über diese Vorlage wird voraussichtlich im Juni stattfinden, also in einem Zeitpunkt, da das Feld durch die beiden vorangegangenen Abstimmungen bereinigt ist. Abschließend erklärt der Bundesrat zur sozialdemokratischen Initiative auf Erhebung einer Vermögensabgabe noch, daß eine solche einschneidende Maßnahme als Steuerreserve für Kriegs- und Notzeiten zurückgestellt werden sollte.

Es steht demnach zu hoffen, daß die Stimmbürger auch diese Initiative ablehnen werden.

Allein mit diesen Urnengängen ist der Kalender dieses Jahres von weiteren Abstimmungen nicht entlastet. Aller Voraussicht nach werden noch zwei andere Vorlagen dem Urteil des Volkes unterstellt werden. Es handelt sich dabei um den Vorschlag auf Einfügung eines Verfassungszusatzes über die Preiskontrolle, wodurch diese Institution praktisch verewigt werden soll, ferner über die Vorlage zur Verlängerung der Brotgetreideordnung. In beiden Fällen gründen sich die heutigen Bestimmungen auf die Vollmachten des Bundesrates, welche Ende des Jahres 1952 ablaufen. Werden deshalb die befristeten Verfassungsartikel nicht genehmigt, so erlöschen die betreffenden Bestimmungen zu Ende des Jahres.

Was die *Preiskontrolle* betrifft, so wird in Wirtschaftskreisen geltend gemacht, man könne ja heute noch gar nicht wissen, wie sich die Lage Ende 1952 gestalten wird. Tatsächlich kann davon ausgegangen werden, daß zu diesem Zeitpunkt in keinem Falle mehr eine Mangellage bestehen wird, welche so weitgehende Eingriffe in die Wirtschaft rechtfertigen könnte, wie sie die Preiskontrolle darstellt, — mit Ausnahme vielleicht der Mietzinse und der Holzpreise. Aber selbst in diesen beiden Fällen läßt sich heute noch nicht sagen, ob tatsächlich Ende des Jahres Preisüberwachungen nötig sein werden. Für den Fall aber, daß nach Aufhebung der bisherigen Bestimmungen eine Notlage tatsächlich eintreten sollte, hat es der Bundesrat in der Hand, im Wege eines befristeten dringlichen Bundesbeschlusses eine vorläufige Lösung zu beantragen. Dazu braucht es keine Abänderung der Verfassung, und mit Recht lehnt man sich dagegen auf, daß ein so fundamentaler Ein-

griff in die geltende Wirtschaftsverfassung vorgenommen wird, wie er sich in der Vorlage des Bundesrates darstellt. Was übrigens im besonderen das Mietnotrecht betrifft, so sei auf das Beispiel des Kantons Aargau verwiesen, wo der Regierungsrat beschlossen hat, den Kündigungsschutz aufzuheben; es ist einzig eine Übergangsperiode von sechs Monaten vorgesehen, während welcher der Mieterschutz noch in einer Fristverlängerung des Auszugstermins Geltung hat.

Ähnlich wie bei der Preiskontrolle sind die Umstände im Bereich der *Brotgetreideordnung*. Auch hier laufen die bestehenden Bestimmungen Ende des Jahres 1952 ab. Praktisch gesehen bedeuten diese Bestimmungen eine vorläufige Legalisierung des Getreidemonopols, das im Jahre 1926 vom Volke verworfen wurde, aber in der Kriegswirtschaft eine vollmachtenrechtliche Einführung fand. Die betreffenden Bestimmungen sollen nun ebenfalls in einem Verfassungsartikel, der bis Ende 1955 befristet ist, aber verlängert werden kann, weitergeführt werden. Auch in diesem Falle ist eine scharfe Opposition zu erwarten, und sie wird zweifellos zu einem ebenso lebhaften Abstimmungskampf führen wie er bei der Vorlage über die Verlängerung der Preiskontrolle zu erwarten ist.

* * *

Am 8. März verschied nach langer, schwerer Krankheit in Bern *Samuel Haas*, ehemaliger Präsident der «Schweizerischen Politischen Korrespondenz» («Schweizer Mittelpresse»), in seinem 62. Altersjahr.

Es geziemt sich, dieses Mannes zu gedenken, der in den zwei Jahrzehnten zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg zweifellos einen bedeutenden Einfluß auf das politische Geschehen in unserem Lande ausgeübt hat. Der Verstorbene, der sich schon in jungen Jahren der Journalistik zuwandte und diesem Beruf mit seinem ganzen Wesen ergeben war, gründete im Frühjahr 1918 die «Schweizer Mittelpresse», welche sich zum Ziele setzte, die Zeitungsorgane der mittleren Größe, im wesentlichen also die Landblätter, mit Meldungen und Aufsätzen zu bedienen. Grundgedanke war dabei und blieb es all die Jahre hindurch, daß der vaterländische Zusammenschluß des Bürgertums gefördert werden müsse. Mit Hilfe eines Mannes von seltener Einsatzbereitschaft, dessen im wahren Sinne vaterländisches Wirken sich mehr im Hintergrund vollzog, gelang es Haas, die Agentur in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer einflußreichen Institution auszubauen. Neben dieser Tätigkeit setzte sich der Verstorbene in unzähligen Abstimmungskampagnen für die bürgerliche Sache ein; hier seien nur erwähnt die Abstimmungen über die Vermögensabgabe (1922), über das Getreidemonopol (1926), über die Kriseninitiative (1935) und über die Initiative auf Volkswahl des Bundesrates (1942).

Die politische Konzeption von Sam Haas war eindeutig und unwiderruflich; ihr waren die Stärke und die Schwäche des Starrsinns eigen. Haas, der seine Tätigkeit unter den Eindrücken des Generalstreiks von 1918 eingeleitet hatte, blieb der sich daraus ergebenden Einstellung völlig verhaftet. Als unter dem Eindruck der außenpolitischen Bedrohung der Dreißigerjahre und infolge der inneren Entwicklung eine neue Auffassung in den Vordergrund trat, welche, bei Aufrechterhaltung der grundlegenden Gegensätze, eine Zusammenarbeit zwischen Bürger und Arbeiter befürwortete, verlor Haas zu einem großen Teile den Anschluß an das politische Geschehen. Noch in seinen letzten Reden klang stets der Wiederhall der

längst überwundenen Lage von 1918, und nicht ohne innere Bewegung konnte man das Unverrückbare dieses Standpunktes zur Kenntnis nehmen. Es offenbarte sich darin ein ausgesprochen tragisches Element, das seinem Wesen auch in anderer Beziehung eigen war.

Denn Haas war nicht nur Individualist, sondern eine egozentrische Natur, wie man sie wohl nur äußerst selten findet. Wenn seine letzten Jahre durch Krankheit umschattet waren, so richtete sich andererseits seine zunehmende Zurückgezogenheit nach dieser Veranlagung, die sich immer mehr steigerte und unter der er wahrscheinlich mehr gelitten hat, als der Außenstehende ahnte. Sam Haas war ein ausgezeichneter Redner und er verstand es, seine Sprache mit vielen Bildern zu schmücken und damit jeden Vortrag in genußreicher Weise lebhaft zu gestalten. Daneben war er ein ebenso ausgezeichneter, wenn auch etwas präntziöser Stilist, dessen Arbeiten große Schlagkraft und Eindringlichkeit erwiesen. Etwas vom Besten waren die vielen Referentenführer, die er zu Handen von Abstimmungen ausarbeitete.

Mit Samuel Haas ist eine ganze Persönlichkeit dahingegangen, ein ganzer Mensch mit seinen Stärken und Schwächen. Über allem und unverrückbar aber stand bei ihm das vaterländische Empfinden und der vaterländische Wille, und darum sei ihm hier der Dank abgestattet.

Jann v. Sprecher

Bericht aus Washington

Es ist an der Zeit, einige

unangenehme Tatsachen in der amerikanischen Außenpolitik

festzustellen: In Asien geschieht vorläufig gar nichts, weil man immer noch auf eine bestimmte Wendung in den schon lange festgefahrenen Waffenstillstandsverhandlungen in Korea wartet. In Europa droht dieser Politik Gefahr durch die Unbeständigkeit Frankreichs und die Aussicht auf Kürzung der finanziellen Unterstützung durch den Kongreß der USA. In den USA selbst erleidet diese Politik eine Schwächung durch die geteilte öffentliche Meinung und die politische Stimmung, die ein Wahljahr mit sich bringt.

Die Tiefe der Kluft, welche die Amerikaner trennt, sollte nicht bagatellisiert werden. Es sind zwar noch Reste des früheren Zusammenarbeitens in der Außenpolitik zwischen den beiden großen Parteien vorhanden — dies kam z. B. beim Friedensvertrag mit Japan zum Ausdruck —, doch nimmt die Uneinigkeit sowohl innerhalb der großen Parteien als auch zwischen ihnen ständig zu. Präsident Trumans eigene Partei ist uneinig in der Frage, wie groß die Hilfe sein soll, die man Europa angedeihen lassen will, und die Stimmung im Kongreß deutet auf eine massive Reduktion der im Regierungsprogramm vorgesehenen Mittel.

Auch die republikanische Partei ist geteilter Meinung in bezug auf die Außenpolitik. Der Streit ist bei den Republikanern womöglich noch bitterer. General Eisenhower, der Vertreter des international eingestellten Parteiflügels, hat bei der ersten Primärwahl, die in einem Staat durchgeführt wurde, einen schönen Sieg über Senator Taft errungen. Es muß allerdings festgehalten werden, daß dieses Ergebnis in keiner Weise die wahre Natur der öffentlichen Meinung der gesamten Nation zum Ausdruck bringt. Der Staat New Hampshire, in dem diese Wahl durchgeführt wurde, liegt in jenem Teil des Landes, dessen Gesinnung schon immer inter-

national war. In anderen Landesteilen, besonders im mittleren Westen, werden Senator Tafts Anschauungen bedeutend mehr Anklang finden, besonders seine Behauptung, daß das koreanische Abenteuer ein «nutzloser Krieg» sei.

In der republikanischen Partei werden sich alle jene Kräfte, die mit Senator Taft nicht einig gehen, zu einer Einheit verschmelzen und ihren Standpunkt beziehen. Ihre wirkliche Stärke wird erst im Juli bekannt werden, wenn die Delegiertenversammlung der republikanischen Partei ihren Präsidentschaftskandidaten aufstellt. Sollte schließlich der internationalistische Flügel der Partei die Oberhand gewinnen, dann wäre der nationale Kampf um die allgemeine Richtung der amerikanischen Außenpolitik zu Ende, denn man darf doch von jedem möglichen Kandidaten der demokratischen Partei annehmen, daß er die allgemeinen Richtlinien der Politik des Präsidenten Truman befolgen würde. Der Kampf zwischen den Parteien ginge dann nur noch um die Frage, welche der beiden Parteien diese Politik am wirksamsten durchführen kann.

Wenn aber die Anhänger Tafts siegen, dann wird die Außenpolitik im nationalen Wahlfeldzug eine Hauptrolle spielen, und die amerikanische Führung in der Weltpolitik wird wenigstens bis zu den Novemberwahlen an Kraft und Festigkeit einbüßen.

Die Rückkehr zum Vorkriegsisolationismus kommt auf keinen Fall in Frage.

Es scheint ganz ausgeschlossen, daß die USA eine Schwenkung um 180 Grad vollziehen, und sogar Senator Taft hat ausdrücklich festgestellt, daß er nicht beabsichtige, dies zu tun. Dagegen würde ein Sieg der Anhänger Tafts bestimmt eine sofortige Verlagerung des Schwergewichts und eine spürbare Änderung in der Art, wie bereits bestehenden Verpflichtungen nachgekommen wird, zur Folge haben. Es ist bemerkenswert, daß die Anhänger Tafts der Ansicht sind, Amerika müsse in Europa weniger leisten, um absolut sicher zu sein, während sie andererseits eine Mehrleistung im Fernen Osten fordern. Die gleichen Leute, die den Verbündeten der atlantischen Gemeinschaft die Hilfeleistungen beschneiden wollen, reden von vermehrter Hilfe an Tschiang Kai-Shek, und die Ruhe, die sie, angesichts der Bedrohung Europas zur Schau tragen, steht im krassen Widerspruch zu ihrer stürmischen Bereitwilligkeit, den Kampf gegen den Kommunismus in Asien aufzunehmen.

Viel von ihrem Gerede und Getue ist natürlich bloße Demagogie. Im gleichen Atemzug behaupten sie, der Krieg in Korea sei ein nutzloses Unterfangen und die USA müßten endlich zum Angriff übergehen, um diesen Krieg zu gewinnen. Dadurch unterstützen sie gleichzeitig zwei Auffassungen, die von Millionen von Amerikanern sehr lebhaft vertreten werden: erstens, daß uns der koreanische Krieg nirgends hinführt, und zweitens, daß die gegenwärtige Unentschlossenheit endlich aufgegeben werden muß.

Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß dadurch Präsident Trumans Aufgaben bedeutend erschwert werden. Er gibt sich die größte Mühe, die Zustimmung des Kongresses zur größtmöglichen militärischen und wirtschaftlichen Hilfeleistung an die Verbündeten im Fiskaljahr 1953 zu erzwingen, aber die Aussichten sind ungünstig. Im Fernen Osten versucht die Regierung mit immer neuen Mitteln einen Waffenstillstand in Korea zu erreichen. Die höchsten militärischen Stellen sind der Auffassung, daß wenig Aussicht bestehe, in diesem Gebiet eine militärische Entscheidung herbeizuführen. Sie haben deshalb keine Lust, den Krieg im Fernen Osten auszuweiten. Außerdem besteht keine Einmütigkeit zwischen den in Korea kämpfenden Mächten der Vereinten Nationen in bezug auf die Frage, was geschehen soll, wenn die langwierigen Waffenstillstandsverhandlungen auch weiterhin ohne Ergebnis bleiben sollten.

Washington bekundet die größte Zufriedenheit mit den Ergebnissen der Konferenz von Lissabon, doch müssen die papierernen Übereinkommen und Beschlüsse der Versammlung erst in die Tat umgesetzt werden, bevor Grund zum Hüteschwenken besteht. Die Aussichten auf Verwirklichung sind bestimmt nicht zu glänzend. Die Krise in Frankreich ist für die hohen Regierungsbeamten in Washington ein lebendes Gespenst; sowohl Frankreichs wirtschaftliche Lage als auch seine Beziehungen zu Westdeutschland geben zu den größten Bedenken Anlaß (auch Indochina ist ein Sorgenkind). Großbritanniens Wirtschaftslage wird ebenfalls als sehr ernst betrachtet. Schließlich ist es wahrscheinlich, daß General Eisenhower aus diesem oder jenem Grund Mitte des Sommers sein Kommando niederlegen wird. Obwohl er wahrscheinlich nicht unersetzlich ist, wird sein Ausscheiden doch ohne Zweifel eine negative psychologische Wirkung haben.

Präsident Trumans Stellung

hat sich infolge der innenpolitischen Lage in den USA stark verschlechtert, und die Führung, die zur Überwindung einiger dieser Schwierigkeiten notwendig ist, ist nicht mehr vorhanden. Wenn der Präsident für eine weitere Amtsdauer kandidiert, wird gerade die Tatsache, daß er in den Wahlkampf hineingezogen wird, seine Stellung schwächen. Wenn er dagegen nicht kandidiert, wird die Autorität seiner Verlautbarungen weiter verringert werden.

Im ganzen gesehen scheinen die Aussichten düster zu sein. In Washington fragt man sich: Wie lange können die Dauerverhandlungen in Panmunjom noch weitergeführt werden? Zu Zeiten schien es, sie könnten nicht mehr lange dauern, und doch gehen sie weiter. In diesem Gebiet muß unsere nationale Politik lauten: weiterreden und die Hoffnung nicht aufgeben, weil bis heute keine bessere Politik gefunden worden ist. Vielen mag dieser Zustand unglaublich erscheinen, und doch kann er noch während einer beträchtlichen Zeitspanne andauern.

In ähnlicher Weise vergeht die Zeit, während die auf Grund der Lissaboner «Beschlüsse» vorgesehenen Unternehmungen hinausgeschoben werden. Viele fragen sich, wie lange dieser Zustand noch andauern kann. Wieder lautet die Antwort: vielleicht noch sehr lange.

Wenn man die Dinge so betrachtet, kann man leicht von tiefster Niedergeschlagenheit erfüllt sein. Aber es gibt noch eine andere, hoffnungsvollere Betrachtungsweise. Ein hoher Beamter, der erst kürzlich aus Europa zurückkehrte, hat ihr in Washington Ausdruck gegeben. Er steht in enger Verbindung mit dem NATO-Programm und ist sich daher der Schwierigkeiten voll bewußt. Er fand Trost und frische Hoffnung beim Rückblick auf die Jahre 1947 und 1948, ja selbst 1949, und verglich die Situation der freien Welt von damals mit der heutigen Lage. Es ist ganz klar, daß Fortschritte erzielt worden sind. Die vielfältigen Probleme des Jahres 1952 sind nach der Ansicht dieses Beamten ein Maßstab für diese Fortschritte. Er glaubt, daß das Erkennen der Probleme an und für sich schon ein gutes Zeichen ist, und daß man sehr wohl hoffen darf, sie lösen zu können.

Möglicherweise kann man auch der politischen Lage in den USA

eine helle Seite

abgewinnen. Wenn die bisher durchgeführten Primärwahlen überhaupt etwas gezeigt haben, dann ist es das große Interesse der Wählerschaft für neue Gesichter und neue Ideen. So hat General Eisenhower einen hervorragenden republikanischen Politiker besiegt, und Senator Kefauver gelang es sogar, dem Präsidenten eine Niederlage zu bereiten. Der letztere Fall zeigt deutlich die allgemeine Unzu-

friedenheit mit den jetzigen Machthabern und den Wunsch nach einem Wechsel. Teilweise handelt es sich dabei um rein innenpolitische Fragen, wie etwa um die angebliche Korruption in der Regierung. Nach unserer Ansicht spiegelt sich darin eine bis jetzt allerdings ziellose, dabei aber auch sehr kräftige Unterströmung der Unzufriedenheit mit einer Führung, die kein Programm für Asien hat, deren Europaprogramm zwar ganz gut ist, aber manchmal eher den Eindruck erweckt, es ziele bloß auf die Vorbereitungen für einen unvermeidlichen Krieg ab und nicht auf den Ausbau eines möglichen Friedens. «Führt uns die Wiederaufrüstung zu einem neuen Krieg?», fragen sich viele Amerikaner.

Der amerikanische Wähler stellt eine ganze Menge solcher Fragen, genau wie sein britischer oder kontinentaler Kamerad. Bis jetzt hat er keine befriedigenden Antworten erhalten. Männer oder Ereignisse, oder beide zusammen, werden vielleicht im Laufe dieses Jahres neue und bessere Antworten bringen. In der Zwischenzeit ist es noch viel gefährlicher als gewöhnlich, eine Prognose zu stellen, da die öffentliche Meinung unstabiler ist denn je.

Richard J. Davis

Bericht aus Italien

Wir hatten vor wenigen Wochen Gelegenheit, mit dem Herausgeber einer bestbekanntesten Wochenzeitschrift auf seiner Heimreise aus Rom ins Gespräch über italienische Belange zu kommen, und waren dabei über seine dunkelgefärbten Impressionen überrascht, huldigen wir doch in unsern periodischen Berichten seit Kriegsende einem gedämpften Optimismus, dem die Entwicklung Italiens bis heute recht gegeben haben dürfte. Was unser Gesprächspartner vorbrachte, war zwar durchaus richtig, aber einseitig. Paris mag Frankreich bedeuten, ja sogar London England, aber Rom nur sehr beschränkt Italien. Vor allem wird man gut tun, die Meinung der Römer Gesellschaft nicht als repräsentativ zu betrachten. Abgesehen von der typischen schlechten Nachkriegsgewohnheit der desorientierten italienischen Bourgeoisie und Aristokratie, Ausländern gegenüber die Lage ihres Landes in unberechtigt düsteren Farben zu schildern, leidet die römische Haute Volée unter sehr verständlichen Depressionszuständen. Durch die Abschaffung der Monarchie politisch und sozial weitgehend ausgeschaltet, durch die kommende Landreform wirtschaftlich bedroht und durch die progressive Inflation auch finanziell mitgenommen, kann sie offensichtlich keine unvoreingenommene Informationsquelle bedeuten, muß ihre Einstellung zum gegenwärtigen Regime doch notgedrungen ablehnend sein. Wir bedauern immer wieder, daß die Italienkorrespondenten ausländischer Zeitungen zu wenig im Lande herumreisen. Manches Urteil würde wesentlich anders ausfallen. Noch viel ausgeprägter als der schweizerische Anti-Bern-Komplex gibt es in Italien einen Anti-Rom-Komplex, der von Mailand und Palermo bis an die Mauern der Ewigen Stadt grassiert. Wer in seiner Einflußzone lebt, beurteilt vieles anders.

Das wichtigste Ereignis der vergangenen Wochen war die

Festlegung der Administrativwahlen

des letzten Drittels der italienischen Gemeinden, der geographisch fast ausschließlich mit dem Südteil des Landes, von Rom bis Sizilien, zusammenfällt, auf den 25. Mai. Bekanntlich waren im vergangenen Frühsommer die Neubestellungen der Gemeinde-

und Provinzräte in Nord- und Mittelitalien durchgeführt worden, die wohl die kommunistische Vorherrschaft in einigen wichtigen Städten wie Genua, Venedig und Florenz gebrochen hatten, aber die starke Stellung der Togliatti-Nenni-Anhänger (Kommunisten und Linkssozialisten) völlig intakt ließen. Die «Democrazia Cristiana» hat aus wahltaktischen Gründen das Datum dieser Wahlen im Südsektor bis jetzt immer wieder durch die Regierung hinauszögern lassen, weil sie sich dadurch eine Festigung ihrer Stellung auf Kosten der extremen Rechten und Linken versprach. Unter dem Drucke der andern demokratischen Parteien mußte sie nun aber den Gedanken an eine weitere Verschiebung aufgeben, wollte sie sich dem nicht unberechtigten Vorwurf illegaler Wahlpraktiken aussetzen.

Obwohl der Bestellung der neuen Gemeinderäte im Grunde keine über den lokalen Rahmen hinausgehende Wichtigkeit zukommen sollte, bedeuten sie aus zweifachem Grunde doch wesentlich mehr. Seit dem wichtigen Wahlakt vom 18. April 1948 fand im zukünftigen Wahlgebiet kein Urnengang mehr statt. Kein Wunder, daß die gesamte Öffentlichkeit Italiens und der Außenwelt der kommenden Ausmarchung höchstes Interesse entgegenbringt, ganz besonders da bereits im Frühjahr 1953 die Erneuerungswahlen für Senat und Kammer stattfinden werden. Den Administrativwahlen vom 25. Mai kommt also sozusagen die Bedeutung einer Hauptprobe zu.

Es ist schlechterdings unmöglich, eine einigermaßen sichere Wahlprognose zu stellen, wirken doch unter der Oberfläche so viele Strömungen mit- und gegeneinander, deren Stärke sehr schwierig abzuschätzen ist, daß Überraschungen durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegen. So halten wir es für gar nicht ausgeschlossen, daß die Linke einen Stimmenzuwachs erhalten wird, ist doch der Süden mit seinen z. T. sehr mißlichen sozialen Zuständen für marxistische Propaganda zunehmend empfänglich. In gewissen Städten liegt aber auch eine Festigung der Rechten (Monarchisten und «Movimento Sociale Italiano») durchaus im Bereich der Möglichkeit. Nur über etwas sind sich die Wahlpropheten einig: den durchschlagenden Erfolg, den die große Mehrheitspartei, die «Democrazia Cristiana», vor vier Jahren hatte, wird sie diesmal kaum mehr erringen können. Sofern die vier «demokratischen» Parteien (Christlichsoziale, Liberale, Republikaner und Sozialdemokraten) sich auf eine Listenverbindung einigen können (Verhandlungen hierüber finden seit Wochen statt), so dürfte es nicht zu einem größeren Erdrutsch kommen. Ein solches Wahlbündnis stößt aber insofern auf große Schwierigkeiten, als die D.C. nicht unbedingt auf Listenverbindung mit den Monarchisten verzichten möchte, was die Sozialdemokraten ablehnen, die ihrerseits einer Kampfgemeinschaft mit dem «Partito Socialista Italiano» (Nenni-Sozialisten) nicht prinzipiell abhold sind, was umgekehrt die Christlichsozialen nicht akzeptieren wollen.

Die geplante demokratische Wahlkoalition wird u. E. durch zwei innenpolitische Ereignisse, die wenigstens z. T. in ursächlichem Zusammenhange stehen dürften, ungünstig beeinflusst:

Die Ernennung Professor Geddas zum Leiter der «Azione Cattolica»

und die Verdrängung Saragats aus der Exekutive der Sozialdemokraten, die bis auf weiteres nun im Fahrwasser der linksorientierten Romita und Matteotti schwimmen. Es scheint uns, man habe der Wahl Geddas zum Vorsitzenden der A.C. eine politische Bedeutung zugemessen, die ihr vorläufig gar nicht zukommt. Vor allem können wir nicht glauben, daß man Gedda durch diese Promotion zum potentiellen Nachfolger De Gasperis machen wollte. Die «kingsmaker» der «Democrazia Cristiana» müssen sich doch bewußt sein (und sind es sicher auch), daß sich allzu große Rückschläge im eigenen Lager heute nur durch Listenverbindungen mit andern Parteien vermeiden lassen. Angesichts dieser für die ganze demokratische Front bitter notwendigen Koalition wäre es nun doch aber im höchsten Grade un-

diplomatisch, den konzilianteren «Grand Old Man», der De Gasperi für seine Partei ist, durch einen militanten Heißsporn zu ersetzen, den weite Kreise des Bürgertums — von den Sozialdemokraten nicht zu reden — als untragbar für eine politische Zusammenarbeit betrachten müßten. Vielleicht wird die Stunde Geddas auf dem politischen Schachbrett Italiens noch kommen, aber vorläufig sehen wir sie noch nicht in erreichbarer Nähe.

Während in Frankreich eine Ministerkrise der andern auf dem Fuße folgt, schreiten die Legislative und Exekutive Italiens in ihren Maßnahmen für den Wiederaufbau des Landes unentwegt voran. Für die Wassergeschädigten in den Überschwemmungsgebieten wurde ein großzügiges Hilfsprogramm eingeleitet, wozu die großen Privatpenden aus dem In- und Ausland, sowie die soeben abgeschlossene große Anleihe mit 120 Milliarden Lire Barzeichnungen die finanzielle Basis bieten. Daneben wurde

eine neue große Investierungsaktion

gestartet (Förderung des Wohnungsbau, Aufforstung, Ausbau der Landwirtschaft, Schiffsbauprogramm u. a. m.), wodurch einige Hunderttausend Arbeitslose zusätzlich beschäftigt werden können. Die Finanzierung des neuen, sehr umfangreichen Investitionsprogramms (nicht zu verwechseln mit dem 1000-Milliarden-Programm für den «mezzogiorno») wird durch die Industrie finanziert, die ab 1. März eine Sondersteuer von 4% auf Salären und Löhnen aufzubringen hat. Die damit notgedrungen hervorgerufene Verteuerung der Fertigprodukte wird den schon seit Monaten pendenten neuen Lohnforderungen von 15% neuen Auftrieb verschaffen.

Bis jetzt war es lediglich die kommunistisch orientierte CGIL-Gewerkschaft, die in diesem Zusammenhange nicht sehr erfolgreiche Streike ausgelöst hat; sollte aber die Lohn-Preisspirale neuerdings in beschleunigte Rotation treten, so werden sich die andern Gewerkschaften nolens-volens der Lohnerhöhungsaktion anschließen.

Ein Inflationsdruck geht auch vom neuerdings erhöhten Defizit der Staatsrechnung aus. Während man für das laufende Finanzjahr einen Fehlbetrag von 370 Milliarden Lire voraussieht, sieht das Budget für 1952/53 bei 1750 Mrd. Einnahmen und 2250 Mrd. Lire Ausgaben (je ca. 20% höher als im laufenden Jahr) ein Defizit von fast 500 Mrd. vor. Die Landesverteidigung wird mit 465 Mrd. ungefähr ein Fünftel aller Ausgaben beanspruchen und deckt sich ziemlich mit dem vorauszusehenden Fehlbetrag, was Togliatti und Nenni natürlich ein für naive Gemüter zügiges Propaganda-Argument in die Hände gibt. Dabei soll Italien immer noch nicht mehr als sieben kriegsbereite Divisionen zur Verfügung haben, während ihm doch sogar der Friedensvertrag deren zwölf zugebilligt hat.

Neben psychologischen Gründen war es bestimmt auch dieses kleine militärische Potential, das den Vorschlag Italiens, die türkischen und griechischen NATO-Truppen einem italienischen Oberbefehlshaber zu unterstellen, in Ankara und Athen auf Ablehnung stoßen ließ. Den gegenwärtigen Mangel an Macht sucht Italien übrigens durch intensiven Eifer in der internationalen Zusammenarbeit zu kompensieren. Im Rahmen seiner bescheidenen Kräfte gibt es seinen kontinentalen Partnern ein erfreuliches Beispiel politischer, wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit. Regierung und Bevölkerung arbeiten in Italien der

europäischen Integration

fest in die Hände. Wären andere Länder mit derselben Überzeugung bei der großen Aufgabe, so wäre das Resultat schon viel augenscheinlicher. De Gasperi sucht überdies die aus dem fast unüberwindbaren Mißtrauen Frankreichs gegen Deutschland sich ergebenden Schwierigkeiten zu beheben. Mit seiner Aufnahme in die UNO scheint Italien in absehbarer Zeit nicht mehr zu rechnen, nachdem Ruß-

land und seine Satelliten die Zustimmung nur gegen seinen Austritt aus dem Atlantikpakt gewähren wollten, welche Bedingung unser Nachbarland selbstredend ablehnte.

Neben der steten Betonung der Notwendigkeit verstärkter europäischer Zusammenarbeit wird De Gasperi nicht müde — so auch wieder an der Konferenz von Lissabon —, die Aufmerksamkeit seiner mächtigeren Partner auf die spezifisch italienischen Probleme zu lenken, so die Dringlichkeit, die Emigration aus Italien kräftig zu steigern, um den gefährlichen Bevölkerungsdruck zu verringern, und damit auch die chronische Arbeitslosigkeit herabzusetzen. Gerade aus diesem Grunde sieht man den amerikanischen Rüstungsaufträgen mit Ungeduld entgegen. Nach den Mitte März veröffentlichten Erklärungen Drapers, des Leiters des «Mutual Security Aid», dürfte Italien auf ungefähr 30 Mio. Dollars rechnen können. In Anbetracht der hochgespannten Erwartungen wird diese Zahl, die bloß ca. 11½% der jährlichen Exportsumme Italiens ausmacht, als enttäuschend gering angesehen. Wären dem italienischen Publikum die großen Arbeitslosenziffern in Detroit etc. bekannt, so würde es wohl verstehen, daß die USA im gegenwärtigen Wahljahr nicht freigebiger sein können. Solche unerfüllte Hoffnungen pflegen leider die enorme Hilfe, welche die Amerikaner den Italienern in den letzten vier Jahren angedeihen ließen, vergessen zu machen, zumal die marxistische Linke jede Enttäuschung tendenziös ausschaltet. Gewiß haben auch die Amerikaner Grund zum Enttäuschtsein, heben sie in Gesprächen doch immer wieder hervor, daß das «undankbare» Italien trotz allen Marshall-Milliarden den Kommunismus nicht los werde. Wenn sich diese «terribles simplificateurs» doch nur bewußt wären, daß erstens ohne ihre große Hilfe die Lage noch weit schlimmer wäre, und die wirtschaftliche Notlage wohl *einer* der Gründe für die starke Verbreitung des moskauhörigen Marxismus in Italien ist, aber bei weitem nicht der einzige, wie wir in einem früheren Berichte erwähnten.

Die durch Frankreich verfügte Importsperrre und die erneut in Kraft tretenden Einfuhrbeschränkungen des Commonwealth nach dem «guten» Beispiel Englands werden

die Lage der italienischen Exportindustrie,

die besonders im Textilsektor bereits zu großen Klagen Anlaß gibt, erneut kritisch gestalten. Der Kreditsaldo Italiens bei der EZU war bereits im Februar sehr gering. Hält diese Tendenz an, so wird es um die Außerkraftsetzung der weitgehenden Importliberalisierung vom Spätherbst kaum herkommen, wodurch die schweizerischen Exportinteressen von einem weitem Lande her beeinträchtigt würden. Aus wohlverstandem Eigeninteresse hofft man in den italienischen Wirtschaftskreisen, daß sich England und Frankreich, wie Deutschland vor einem Jahr, recht bald wieder emporarbeiten werden.

Im übrigen sucht unser südlicher Nachbar durch liberale Handelsverträge neue Absatzgebiete für seine Industrie zu erschließen. So wurde gerade in diesen Tagen ein neues Abkommen mit Sowjetrußland unterzeichnet. Wie man sieht, können diplomatische Piquiertheit und wirtschaftliche Vernunft heutzutage ruhig nebeneinander bestehen. Nachdem Italien vor Monatsfrist den Friedensvertrag mit Rußland als Antwort auf dessen neues Veto gegen seine Aufnahme in die UNO einseitig kündigte, tauscht man noch so gerne italienische landwirtschaftliche Maschinen und Stoffe gegen russischen Weizen aus!

Trotz den gegenwärtigen Absatzschwierigkeiten im In- und Ausland bauen die italienischen Industriellen in festem Zukunftsglauben ihre Fabriken aus und erstellen vor allem in Mittel- und Süditalien neue Filialen. Ein großer Teil der sehr bedeutenden Bautätigkeit geht auf deren Konto, doch hält auch der Boom im Wohnungsbau weiterhin an.

Die Lösung der

Triestiner Frage

scheint wieder entfernter als vor wenigen Monaten zu sein. De Gasperi wird bis nach den großen Parlamentswahlen des kommenden Jahres da kaum Konzessionen wagen können. Der recht hypokritische Rat, den die Alliierten heute Italien und Jugoslawien erteilen: «arrangez-vous entre vous-mêmes» — nachdem man dem Atlantikpartner vor vier Jahren in aller Form versprochen hatte, seine Forderungen auf Rückgabe des *ganzen* Triestiner Territoriums (Zonen A und B) zu unterstützen — ist natürlich nicht dazu angetan, der Vernunftfehe mit den Westmächten eine sentimentale Verbrämung zu geben.

Peregrinus

Militärische Umschau

Die Verteidigung Europas

I.

In der neuesten Nummer der führenden amerikanischen Zeitschrift «*Foreign Affairs*», zu deren «Editorial Advisory Board» General Eisenhower gehört, veröffentlichte *General Kruls*, von 1945—1951 holländischer Generalstabschef und Vorsitzender des aus den Generalstabschefs der Armee, der Marine und der Luftwaffe gebildeten Beratungskomitees, eine Abhandlung über «*The Defense of Europe*»¹⁾. Da die Beschlüsse der seither erfolgten Konferenz von *Lissabon* von den Parlamenten einstweilen nicht ratifiziert sind, behalten die interessanten Darlegungen *Kruls*, die hier stark gekürzt wiedergegeben werden, ihre volle Aktualität:

Eine kritische Betrachtung der Verteidigung Europas geht von folgenden Voraussetzungen aus: 1. Die Sowjetunion ist bestrebt, durch Ausbreitung des Kommunismus über die ganze Welt die Weltherrschaft aufzurichten. 2. Die Herrscher im Kreml greifen zu jedem Mittel, das sie für die Erreichung ihres Ziels als opportun erachten. Sie werden daher selbst vor einem Krieg nicht zurückschrecken, sofern sich dieses letzte Mittel als zweckdienlich erweisen sollte. 3. In der gegenwärtigen Weltlage würde der Einsatz bewaffneter Streitkräfte der Sowjetunion den dritten Weltkrieg auslösen. Da ihr militärisches Potential niemals an dasjenige der Westmächte heranreicht, wird sie nur dann zum letzten Mittel, dem Kriege, greifen, wenn sie hoffen kann, dank raschen Erfolgen bei einem Überraschungsangriff das ungünstige Verhältnis zwischen ihren und den gegnerischen Hilfsquellen zu ändern. Angesichts ihrer starken, in Bereitschaft gehaltenen Land- und Luftstreitkräfte besteht immer die Möglichkeit eines Überraschungsangriffes mit Anfangserfolgen. Diese Kräfte können in verschiedenen Richtungen angreifen oder die allgemeine Verteidigung übernehmen. Dank der Dezentralisation eines Großteils der russischen Industrie können die verschiedenen Heeresgruppen in der «Nachbarschaft» beliefert werden. Infolge der Ausdehnung des russischen Gebietes und des Zustandes des Transportsystems ist aber die Kriegführung an weit voneinandergelegenen Fronten für die Sowjetunion sehr gefährlich. Sollte sich der Kreml für den offenen

¹⁾ *Foreign Affairs*, an American Quarterly Review. New York, Januar 1952.

Krieg entscheiden — vielleicht nach weiteren Erfolgen des kalten Krieges —, gibt es nur einen Weg, auf dem er hoffen kann, den Endsieg zu erzielen: die Erweiterung seines Kriegspotentials auf Kosten des Westens. Das ist der Weg zu den Küsten der Nordsee und des Atlantischen Ozeans. Sofern er ihn beschreitet, wird er auch auf den Mittleren Osten greifen müssen. Die Besetzung Westeuropas würde Rußland gewaltige Mengen Rohmaterial, ausgebildete Arbeitskräfte und ausgedehnte industrielle Anlagen bringen. Seine Küsten mit ihren ausgebauten Stützpunkten würden es ihm ermöglichen, mit seinen Unterseebooten dem westlichen Kriegspotential weiteren gewaltigen Schaden zuzufügen. Gutasgerüstete Flughäfen und Abschußanlagen für lenkbare Geschosse und Raketen würden es instand setzen, die westliche Militärmacht noch weiter lahmzulegen. Ist einmal der Öl produzierende Mittlere Osten überrannt, steht den Sowjets die Türe nach Afrika offen. Durch Besetzung des Mittleren Ostens wäre auch das verbindende Glied zwischen Westen und dem Fernen Osten durchschnitten.

Sofern der Kreml Krieg führen will, um seine Welthegeemonie aufzurichten, muß er seinen Willen auch den U.S.A. aufzwingen können. Da der amerikanische Kontinent nicht mit Landstreitkräften erobert und besetzt werden kann, müßten seine strategischen Luftstreitkräfte bei der Zerstörung des amerikanischen Kriegspotentials die entscheidende Rolle spielen. Die Russen werden aber die U.S.A. ohne vorangehende Besetzung Westeuropas und womöglich auch des Mittleren Ostens nicht unterwerfen.

Es gibt da und dort noch andere Gebiete, welche der Kreml gerne erbeuten würde, aber nur eine günstige Gelegenheit zur Eroberung Europas wird ihn in Versuchung bringen, einen offenen Krieg auszulösen. Er wird kaum ein Interesse daran haben, den dritten Weltkrieg in Asien ausbrechen zu lassen. Die Konzentration westlicher Streitkräfte in Korea, welche wichtige russische Zentren unmittelbar bedrohen würden, müßte beim Ausbruch offener Feindseligkeiten die Sowjetunion zwingen, den gefürchteten Kampf auf zwei Fronten aufzunehmen.

Während des zweiten Weltkrieges schienen die westlichen Alliierten die sich immer gleichbleibenden Ziele der Sowjetunion vergessen zu haben. Jetzt sind sie sich ihrer wieder bewußt und bereiten sich zur Verteidigung vor. Diese Aufgabe darf aber ihren Willen nicht ins Wanken bringen, den Krieg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Schwäche und Milde sind Wasser auf die russische Mühle. Nur Stärke und Macht können die Führer der Sowjetunion beeindrucken. Die jetzt langsam sichtbar werdende Stärke des Westens muß deshalb mit allen Mitteln ausgebaut werden. Diese mühsame Aufgabe verlangt eine entschlossene Führung.

Ob der Westen sich gegenüber Moskau halten kann und sein politisches Ziel erreichen wird, hängt von drei Faktoren ab: der *Führung*, den *Mitteln* und der *Aufklärung* der westlichen Völker über die tatsächlichen Verhältnisse. Kruls bespricht diese drei Faktoren in der angegebenen Reihenfolge.

II.

Zum besseren Verständnis des Faktors *Führung* muß man sich die politische und strategische Lage von Ost und West vergegenwärtigen. Am Ende des zweiten Weltkrieges befand sich Rußland in einer starken Stellung und die späteren Gewinne aus dem kalten Krieg ermöglichten es ihm, sich sowohl im Westen wie im Osten mit als Puffer dienenden Satellitenstaaten zu umgeben. Im Norden bietet das Arktische Meer Schutz; im Süden sind die Grenzen zum Teil von der Natur stark geschützt, zum Teil liegen dort neutrale Staaten. An zwei Stellen der äußeren Grenzen der Pufferstaaten wird gegenwärtig gekämpft. Die Sowjetunion spielt hier die Rolle des stark interessierten Zuschauers.

Die U.S.A. und das ihnen benachbarte Kanada sind die letzten Ziele des russischen Strebens nach Weltherrschaft. Sie sind beide fast ganz von Weltmeeren umgeben. Jenseits des Atlantischen und Pazifischen Ozeans liegen Staaten und Inseln, die entweder an den äußeren Schutzgürtel Rußlands grenzen oder aber seine Küsten beherrschen. Mit Ausnahme des heute von Kommunisten beherrschten Chinas sind sie alle Nordamerika freundlich gesinnt und wünschen sehnlichst, unter keinen Umständen unter die Herrschaft des Kremls zu gelangen.

Im Westen ist die Lage eindeutig. Die betreffenden Länder bieten den U.S.A. insofern Schutz, als sie, dank ihrer Lage, bis heute die Sowjetunion gehindert haben, an die atlantische Küste vorzustoßen. Sofern sie aber überrannt würden, wäre die strategische Lage Rußlands für den Endkampf mit den U.S.A. bedeutend günstiger. Allerdings wären diese noch lange nicht verloren. Sie könnten während oder nach dem russischen Vorstoß die Bedeutung der frisch eroberten Gebiete durch Zerstörung aller jener Einrichtungen und eines großen Teiles der Reserven und Hilfsquellen, welche die Stärke Westeuropas ausmachen, erheblich verringern. Für diese Länder selbst sind die Aussichten völlig andere. Von der Sowjetunion überrannt zu werden, würde das Ende ihrer Existenz und ihre völlige Aussaugung zur Folge haben. Ihre Bevölkerung würde tyrannisiert und zerstreut, ihre industriellen Anlagen demontiert und nach Sibirien verbracht, soweit sie nicht vorher schon von amerikanischen Bomben zerstört worden wären. Vielleicht würden sie nach vielen Jahren wieder befreit, wenn es den U.S.A. gelingen würde, die Oberhand zu gewinnen. Bis dann wäre aber das Schlimmste bereits geschehen. Die U.S.A. wären für einige Zeit durch sie geschützt gewesen — aber um den Preis ihrer völligen Vernichtung. Es ist selbstverständlich, daß diese Länder sich nicht für eine Heldentat dieser Art begeistern können. Sie können nur das eine Hauptziel verfolgen: ihre eigene Weiterexistenz sicherzustellen. Das gemeinsame Hauptinteresse der U.S.A. und Kanadas einerseits und der westeuropäischen Staaten andererseits besteht somit darin, die Sowjetunion zu hindern, einen dritten Weltkrieg auszulösen. Gleichzeitig muß dafür gesorgt werden, daß sie nicht im kalten Krieg einen Sieg erringt. Die absolute Sicherheit, daß Rußland den Krieg verlieren wird und die sowjetischen Führer dies wissen, muß das letzte Ziel der westlichen Strategie sein. Das für den Erfolg dieser Strategie Notwendige wird wiederum die Struktur der gemeinsamen Militärorganisation des Westens und die Größe der zu bildenden Streitmacht bestimmen.

Der Aufbau der Organisation und die Vorbereitungen für ihre Verwendung im Kriegsfall erfordern die Leitung durch einen starken und entschlossenen Führer, der die erwähnten Ziele klar vor Augen hat. Ist man übereingekommen, daß die westlichen Streitkräfte nach einigen anfänglichen Rückzugsbewegungen imstande sein müssen, die aus Osten angreifenden Armeen zum Stillstand zu bringen, erhebt sich folgende Frage: Könnten sie durchhalten, bis die nötigen Verstärkungen bereitgestellt wären, um die Russen zurückzuschlagen? Könnten sie im Gegenangriff so wuchtig zupacken, daß die russischen Land- und Luftstreitkräfte bis auf ihr eigenes Gebiet zurückgetrieben und dort vernichtet würden?

Bis zur Vollkommenheit entwickelte Land- und Luftstreitkräfte des Westens könnten vielleicht mit Unterstützung einer starken und aktiven fünften Kolonne die Satellitenländer befreien, vielleicht sogar in einzelnen Staaten der Sowjetunion, wie etwa in der Ukraine, eine Revolution auslösen. Hingegen würde es ihnen nicht gelingen, mit den gewaltigen Hindernissen fertig zu werden, die die ungeheuren Weiten Rußlands, seine schlechten Straßen und unzureichenden Eisenbahnen und sein hartes Klima einer eindringenden Streitmacht entgegenstellen. Die Sowjetregierung hat aus den geographischen Vorteilen des Landes durch Verteilung des ganzen Produktionsapparates über den asiatischen Teil des Landes vollen Nutzen gezogen. Armeen, die heute Rußland erobern und besetzen wollten, müßten weit

über Moskau hinaus gelangen. Schließlich würden sie in den ungeheuren Weiten untergehen. Der Westen kann Sowjetrußland nur besiegen, indem er dessen riesige Ausdehnung — die Hauptquelle seiner Stärke — durch eine übermächtige Luftwaffe wettmacht. Diese strategische Luftwaffe müßte zunächst die russische strategische Luftwaffe aus der Luft vertreiben durch Zerstörung ihrer Flugplätze, Stützpunkte, Flugzeugfabriken und, so weit wie möglich, auch ihrer Rohmaterialquellen. Hernach müßte sie die übrigen Industrien und Einrichtungen vernichten, welche die Grundlage der russischen Militärmacht bilden. Erst dann wäre der Westen imstande, der Sowjetunion seinen Willen aufzuzwingen; erst dann hätte er gesiegt. Wenn die Westmächte entschlossen sind, Moskau zu verhindern, einen Krieg anzufangen, ist ihre Aufgabe eine zweifache: Aufbau einer Luftwaffe, die genügend stark ist, um die oben dargelegte Aufgabe zu erfüllen, und Beschaffung der Mittel, welche die Sowjetunion daran hindern werden, ganz Westeuropa zu erobern, während die strategische Luftwaffe ihre Aufgabe ausführt. Kruls erwähnt diese allgemeinen strategischen Überlegungen, weil sie seiner Ansicht nach nicht unbestritten sind, und widerstrebende Ansichten und Auffassungen über diesen Punkt sich auf die Pläne für den Aufbau der notwendigen Streitkräfte auswirken. Die primäre Forderung ist, daß die Länder des Westens unter der Führung eines Mannes zusammenarbeiten, der klar sieht, wohin er geht.

Die U.S.A. müssen nicht etwa auf Grund des Atlantikpakts diese Führung übernehmen, sondern mit Rücksicht auf die strategische Lage und die finanzielle und wirtschaftliche Macht des Landes. In der Verteidigungsorganisation sind alle Mitglieder gleichberechtigt. Diese Gleichheit verursacht Schwierigkeiten, da es offensichtlich unmöglich ist, den 14 Ländern einen gleichstarken Einfluß auf die Kriegführung zuzugestehen, während auf der Gegenseite alle Entschlüsse von einer einzigen Stelle ausgehen. Alle Mitgliedstaaten können bei den zur Diskussion stehenden Angelegenheiten mitreden, die in den Kommissionen und Körperschaften der NATO behandelt werden. Dies ist richtig, weil die europäischen Staaten am direktesten und ernstesten bedroht sind. Nur das höchste, permanente Gremium militärischer Fachleute, die Standing Group, der die Oberkommandierenden direkt verantwortlich sind, ist zahlenmäßig beschränkt, da sie sich nur aus Vertretern der U.S.A., Großbritanniens und Frankreichs zusammensetzt. Schon hier haben sich Widerstände gegen diese Art der Zentralisation bemerkbar gemacht.

Es gibt noch einen andern wichtigen Grund, weshalb die NATO nie eine befriedigende Lösung des Problems der wirksamen Durchkreuzung der russischen Pläne und der erfolgreichen Kriegführung bei Ausbruch der Feindseligkeiten bieten kann. Der Kampf zwischen dem Sowjetblock und den Ländern, die der Herrschaft Stalins unter keinen Umständen unterliegen wollen, ist weltumspannend. Die U.S.A., Großbritannien, Frankreich und, in geringerem Grad, auch verschiedene andere Länder dürfen nicht vergessen, daß sie auch Interessen außerhalb der NATO zu wahren haben, die zuweilen ihre Stellungnahme innerhalb der Körperschaften der NATO bestimmen müssen. Überdies wissen die U.S.A. sehr wohl, daß sie neben der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe, von der die meisten «nordatlantischen» Länder abhängig sind, auch noch Staaten außerhalb der NATO, wie Japan und Korea, unterstützen müssen. Auch die amerikanischen Mittel und Hilfsquellen sind nicht unerschöpflich. Die U.S.A. müssen ihre Augen überall haben. Neben der Mitgliedschaft im Atlantikpakt haben sie zur Sicherung des pazifischen Raumes noch zwei weitere Verträge abgeschlossen, den Dreierpakt mit Australien und Neuseeland und einen Vertrag mit den Philippinen. Der Atlantikpakt und die Sicherheitsverträge mit den Ländern im pazifischen Raum bieten im Falle eines Angriffs jedem Mitgliedstaat die erwünschte Sicherheit der Unterstützung durch die anderen Mitglieder. Schon allein diese Tatsache beweist die Unerläßlichkeit dieser Verträge. Trotzdem bietet keiner die Garantie, daß sich der Ausbau der Verteidigung in der

ganzen antisowjetischen Welt rasch, wirksam und den Erfordernissen entsprechend gestalten wird.

Die NATO hat nicht einmal alle Teilnehmerstaaten dazu bringen können, ihre Verteidigungsvorbereitungen energisch zu betreiben. Es ist ihr nicht gelungen, schwerwiegende Verzögerungen zu verhindern. Auch zeigen sich bei einzelnen Staaten Widerstände gegen die notwendige Unterordnung der nationalen Interessen unter die weiteren Interessen der atlantischen Gemeinschaft. Kruls betont, die NATO biete in ihrer gegenwärtigen Form nicht die nötigen Garantien für rasche Entscheidungen und wirksame Führung im Kriege. Ihre besten Leistungen sind das Ergebnis jener Unternehmungen der U.S.A., welche diese in ihrem eigenen Interesse geschaffen haben; z. B. die Erhöhung ihrer Kriegsproduktion. Sie haben die Völker, die sich in einer wirtschaftlichen Notlage befanden, wieder auf sichere Füße gestellt. Sie haben anderen materielle Hilfe gewährt, um ihnen zu ermöglichen, ihre eigenen Streitkräfte aufzubauen, und kampfbereite Truppen nach Europa geschickt. Auf diese Weise haben die U.S.A. die anderen Mitgliedstaaten zu größeren Anstrengungen angespornt. Und doch ist das alles nur ein Anfang.

Die U.S.A. werfen mit Recht Europa seine Uneinigkeit vor, dessen Anstrengungen weit besser koordiniert werden sollten. Sowohl die Vorbereitungen zum Kampf gegen Stalins Weltherrschaftspläne als auch der Kampf selbst, sofern er nötig werden sollte, würden viel wirksamer durchgeführt, wenn die U.S.A. einem geeinigten Europa die Hände reichen könnten. Wie viel einfacher wäre es dann für den alliierten Oberkommandierenden in Europa, sich vom Ausbau seiner Kommandoorganisation ein klares Bild zu machen, und vom Weg, auf welchem ihm seine politischen Direktiven zukommen würden! Europa sollte viel stärker geeinigt werden. Es wäre aber sinnlos, sich einzubilden, diese Einigung könne in kürzester Frist zustande gebracht werden, selbst nicht bei dauernd größer werdender Gefahr. Die internationalen Beziehungen der einzelnen europäischen Staaten sind allzu stark in der Geschichte des Kontinents und im Charakter und nationalen Leben der verschiedenen Völker verwurzelt. Dies kann nicht mit einem Schlag geändert werden. Europa muß sich selbst ernstlich bemühen, seine Integration Schritt für Schritt zu fördern. Dieser Prozeß wird sich jedoch zu lange hinziehen, um einen bedeutsamen Einfluß auf die gegenwärtige, gefährliche Lage zu haben. Die Unzulänglichkeiten der NATO können nur zum Verschwinden gebracht werden, wenn sich die Erkenntnis Bahn bricht, daß ohne Hilfe der U.S.A. keine Verteidigung gegen den Stalinschen Imperialismus möglich ist. Diese unwiderlegbare Tatsache wird schließlich die ganze freie Welt zwingen, die Führung der U.S.A. anzunehmen, im Hinblick auf die Vorbereitung zur Verteidigung und auf die Leitung der Operationen im Kriegsfall.

Nachdem Kruls diese erste und wichtigste Seite des Problems besonders hervorgehoben hat, betont er auch deren natürliche Folge. Die Anerkennung und Annahme der amerikanischen Führung darf selbstverständlich niemals den Sinn haben, die anderen Länder von den Beratungen auszuschließen und kein Mitspracherecht zu haben, wo es sich um ihre eigenen Interessen handelt. Es ist sogar von grundlegender Wichtigkeit, ihnen alle Gelegenheit zur Vertretung ihres Standpunktes zu geben. Nur wenn die besten Fachleute aus allen Ländern ihr Wissen und ihre Erfahrung in den Dienst der gemeinsamen Sache stellen können, werden sich die U.S.A. die schwerste Bürde der gemeinsamen Sicherheit aufladen können. Sie sollten es sich zum Prinzip machen, nichts ohne vorangehende Beratung mit den anderen Staaten zu unternehmen, sofern deren Interessen betroffen werden. Die Art dieser Interessen ergibt sich aus der Natur der zur Beratung stehenden Probleme oder dem Gebiet, über das verhandelt wird. Diese Fragen sind delikater Natur und erfordern Takt und vorsichtiges Vorgehen. Hinsichtlich gewisser Probleme haben andere Völker größere Kenntnisse und längere Erfahrung als die Amerikaner. Der

bloße Besitz größerer finanzieller und wirtschaftlicher Macht und einer besseren strategischen Lage berechtigt nicht, andere Völker als unmündig zu behandeln. Eine solche Behandlung fördert nur die Opposition und nicht die Einmütigkeit, die alle zu verwirklichen suchen.

Die skizzierte Lage zwingt dazu, in erster Linie eine Lösung des durch die Unzulänglichkeiten der NATO entstandenen Problems zu finden. Diese Lösung erfordert eine Verständigung über die im Kriegsfall grundsätzlich einzuschlagende Politik gegenüber der Sowjetunion. Sie verlangt ferner die Schaffung zweier höchster Organe für das politische und militärische Gebiet, die diese Politik in die Wirklichkeit umzusetzen hätten. Wie dargelegt wurde, kann die NATO diese beiden höchsten Gremien nicht bestellen, und die UNO ist aus naheliegenden Gründen nicht die geeignete Institution dafür. Es sollte eine Combined Chiefs of Staff Organisation geschaffen werden, die aus höchstens drei Offizieren der obersten Ränge bestehen dürfte, und in der ein Amerikaner den Vorsitz führen würde. Im Falle eines Weltkrieges könnten alle nichtkommunistischen Länder einem solchen Gremium die militärische Leitung der Operationen auf der obersten Stufe überlassen. Dieses höchste militärische Gremium, mit Sitz in den U.S.A., würde den Oberstkommandierenden in allen Teilen der Welt Richtlinien zukommen lassen und über die Zuteilung und Verwendung von Streitkräften Entscheidungen treffen, besonders über strategische Langstreckenluftwaffen, die keinem bestimmten Kriegsschauplatz zugewiesen sind.

Im Laufe des Kriegs würden die Combined Chiefs of Staff ihrerseits Direktiven vom allerhöchsten politischen Gremium erhalten, das im Auftrag aller Verbündeten in diesem globalen Krieg handeln würde. Nach Ansicht von Kruls wäre es von allergrößter Wichtigkeit, daß alle diese Länder ihre Einwilligung zur Bildung dieses Höchsten Kriegsrates geben würden, der aus maximal drei Mitgliedern bestehen dürfte, wobei der Präsident der U.S.A. oder sein Vertreter den Vorsitz führen würde. Um es dem Obersten Kriegsrat und den Combined Chiefs of Staff zu ermöglichen, die Meinung und die Ansichten der in den beiden höchsten Gremien nicht vertretenen Länder möglichst rasch zu erfahren, könnten diese hohe politische und militärische Vertreter dauernd nach den U.S.A. abordnen. Diese müßten die Vollmacht haben, in jenen Fällen, welche die besonderen Interessen ihrer Länder betreffen, im Namen ihrer Völker vor dem Obersten Kriegsrat und den Combined Chiefs of Staff zu sprechen und Vorschläge zu unterbreiten. Kruls will die schwierige Entscheidung, welche Länder in den beiden höchsten Gremien vertreten sein sollten, nicht im Rahmen dieser vorläufigen Vorschläge anschneiden.

III.

Das zweite Problem betrifft *Mittel*, Anzahl, Art und Qualität der Streitkräfte, die aufgebaut werden müssen. In dieser Hinsicht bildet die Befürchtung vieler Staaten des Westens, größere militärische Anstrengungen könnten ihre Wirtschaft schwächen und soziale Unruhen zur Folge haben, die Hauptschwierigkeit. Die U.S.A. sind selbstverständlich nicht in der Lage, fortwährend frische Truppen nach Europa zu entsenden. Ansonst könnten sie ihre Hauptaufgabe, die Ausübung einer Kontrolle der weltumspannenden Anstrengungen und Vorbereitungen, nicht richtig erfüllen. Das zentrale Hauptquartier muß Reserven zur Verfügung haben, um dort eingreifen zu können, wo es nötig ist. Je größer die Reserven sind, desto zahlreicher sind die Gelegenheiten zum wirklichen Handeln.

Bewaffnete Streitkräfte bilden nur dann ein bedeutungsvolles Instrument, wenn sie immer bereit sind und bei einem Angriff sogleich entfaltet werden können. Sie müssen die Sowjetunion daran hindern können, ihre ersten Ziele in einem überraschenden Angriff zu erreichen. Zu den Streitkräften gehört ein großer Teil der Luftwaffe, der sofort zur Gegenoffensive gegen das Kriegspotential des Feindes

eingesetzt werden kann. Um eine russische Aggression in Europa zu verhindern oder sofort aufzuhalten, wenn sie erfolgt ist, müssen auch eng mit den Landstreitkräften zusammenarbeitende Luftstreitkräfte zur Verfügung stehen. Es wäre deren Aufgabe, den Feind aus der Luft zu vertreiben und den Erdtruppen taktische Unterstützung zu bieten. Die benötigte Anzahl hängt von der Stärke der feindlichen Streitkräfte ab, die zum Einsatz gegen Westeuropa zur Verfügung stehen, und die Art und Weise ihrer wahrscheinlichen Verwendung. Die persönliche Bewertung aller dazugehöriger Faktoren durch den Oberbefehlshaber ist ein untrennbarer Bestandteil der notwendigen Berechnungen. Die heute zur Verfügung stehenden Streitkräfte genügen ebensowenig wie die für die nahe Zukunft geplanten, nicht nur an der europäischen Front, sondern auch im Mittleren Osten und in anderen Gebieten, in denen der Kreml mit seinen eigenen und den Satellitentruppen angreifen könnte.

Unter den gegebenen Umständen lautet das Hauptproblem: Wie kann die größtmögliche Wirkung mit den geringsten Mitteln erzielt werden? Dabei spielen die Verwendung der Erdtruppen, die Flugplätze, die Verbindungen, die Kommandoorganisation und alle anderen zur Kriegführung unentbehrlichen Einrichtungen eine Rolle. Die Hauptaufgabe der bereitstehenden Kräfte ist das Durchhalten während der ersten Phase des Kampfes. Kruls bespricht sodann die notwendigen Maßnahmen zur Erzielung maximaler Feuerkraft und minimaler Behinderung der kämpfenden Truppe, die erstklassig sein müsse, und betont die Notwendigkeit, der Luftwaffe größte Beachtung zu schenken.

Die großen Seemächte werden in der Aufgabe der Sicherung der Seewege von den kleinen Ländern unterstützt, deren geographische Lage den Unterhalt von Seestreitkräften nahelegt.

Nur jene Staaten, die bereits ausgedehnte Anlagen zum Bau von Flugzeugen besitzen, die U.S.A., Kanada und Großbritannien, können die strategische Luftwaffe liefern, die für die Erreichung des letzten Zieles von überragender Bedeutung ist. Die taktischen Luftwaffen dagegen sollten im allgemeinen von den gleichen Ländern geliefert werden, die die Erdtruppen aufstellen.

Die europäischen Erdtruppen sollten im Prinzip von den europäischen Staaten selber, unter Einschluß Deutschlands, aufgestellt werden. Großbritannien muß einen bedeutenden Anteil übernehmen, da seine erste Verteidigungslinie gegen Operationen zu Lande auf dem Kontinent liegt. Wie bereits erwähnt, sollten amerikanische Erdtruppen nicht von allem Anfang an an einer bestimmten Front allzu stark engagiert werden, da die U.S.A. die unmittelbare Kontrolle über die allgemeinen Reserven behalten und imstande sein müssen, von ihrer vorteilhaften zentralen Lage aus ihre Kräfte zu entfalten. Es müssen aber amerikanische Truppen in Europa bleiben, weil das amerikanische Volk auf der ganzen Welt Schulter an Schulter mit den Völkern Europas kämpft. Solange Europa das erforderliche Minimum an militärischer Stärke nicht erreicht hat, müssen amerikanische Truppen die Lücke ausfüllen.

Wenn die politische Integration Europas in der nahen Zukunft tatsächlich möglich wäre, würde eine europäische Armee einen Teil dieser Entwicklung bilden. Da sie aber bis jetzt wenig mehr als ein weit entferntes Ziel ist, ist es falsch, auch nur mit einem einzigen europäischen Armeekorps zu rechnen. Ist nicht der Besitz bewaffneter Streitkräfte das wichtigste Attribut staatlicher Souveränität? Solange die europäischen Nationen sich eifersüchtig an die anderen Aspekte der Souveränität klammern, scheint das Zustandekommen einer europäischen Armee unwahrscheinlich. Der Plevin-Plan scheint ein Versuch zu sein, der Zeit vorzuarbeiten. Wenn das Zustandekommen dieses Planes weniger dem Wunsch nach einer solchen Armee, als der Furcht vor einer neuen oder wiedererstandenen Wehrmacht zu danken ist, dann muß gesagt werden, daß Furcht ein schlechter Lehr-

meister ist. Obwohl man gut daran tut, nicht zu sehr mit dem Erfolg des Pleven-Planes zu rechnen, darf man hoffen, es werde möglich sein, eine gemeinsame strategische Konzeption, die Standardisierung der Waffen und Ausrüstung und die Errichtung europäischer Stabsschulen und Militärakademien ins Leben zu rufen. Das sind die richtigen Maßnahmen, die den Weg zu einer europäischen Armee ebnen können. Die europäischen Länder müssen ihre Ausrüstungen selber produzieren. Die U.S.A. können ihnen dabei helfen, ihre industriellen Möglichkeiten voll auszunützen.

IV.

Es ist bedrückend, ernsthaft mit der Möglichkeit rechnen zu müssen, im Kriegsfall vielleicht weite Gebiete lebenswichtiger Teile Europas aufzugeben, solange die bereitstehenden Truppen zu schwach sind, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Wenn aber Europa und die U.S.A. weiterleben wollen, muß die Sowjetunion, sofern sie zum Angriff schreitet, unbedingt besiegt werden. Die Konzentration aller verfügbaren Kräfte an einer einzigen Front, möge dieses betroffene Gebiet auch noch so wichtig scheinen, würde den Kreml niemals daran hindern, den Krieg zu gewinnen. Man darf sich nicht darauf verlassen, daß die NATO Westdeutschland nicht in russische Hände geraten lassen würde, sofern ein Krieg in naher Zukunft ausbrechen sollte. Ebensowenig darf man damit rechnen, daß ganz Westeuropa oder auch nur Teile davon westlich des Rheins in der Hand der NATO bleiben werden. Um eine Katastrophe dieses Ausmaßes abzuwenden, ist nicht die Einigung auf einen strategischen Plan der richtige Weg, sondern die Verdoppelung der Anstrengungen zur Aufklärung der europäischen Völker über die wirklich bestehende Lage und die Notwendigkeit herkulischer Kraftanstrengungen.

Es ist von größter Wichtigkeit, die Bastion Afrika fest in der Hand zu behalten und entsprechende Vorbereitungen zur Integration Spaniens, des Brückenkopfes nach Afrika, in die Verteidigung des europäischen Kontinentes zu treffen. Nicht weniger lebenswichtig ist es, den Kreml daran zu hindern, seinen Herrschaftsbereich über das Mittelmeer auszudehnen, in den Mittleren Osten einzudringen und seine Einflußsphäre im Fernen Osten zu erweitern. Das Hauptziel des Westens ist dabei immer die Erhaltung des Friedens. Um das zu erreichen, muß er bereit sein, Krieg an vielen Fronten zu führen, während gleichzeitig den Herrschern im Kreml ständig die Drohung vor Augen gehalten werden muß, daß die alliierten Luftoperationen ihnen nichts als restlose Zerstörung und völlige Verwüstung bringen würden, sofern sie sich für den Krieg entscheiden sollten. Dänemarks Opposition in Ottawa gegen die Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die NATO, und das Grauen, das die meisten europäischen Länder beim Gedanken haben, mit Franco-Spanien militärisch zusammenarbeiten zu müssen, beweisen, wie weit viele Europäer immer noch davon entfernt sind, den Charakter der weltumspannenden, kollektiven Sicherheit zu begreifen. Europa kann nicht gerettet werden, wenn das Problem nur vom engen europäischen Gesichtswinkel aus betrachtet wird.

Kruls kommt am Schluß seiner Ausführungen zum Thema zurück, mit dem er seine Ausführungen begonnen hat — dem dringenden Bedürfnis nach einer starken Führung, und der Unfähigkeit der NATO, mit der nötigen Schnelligkeit und Energie vorzugehen. Die größeren Anstrengungen, die von jedem Bürger Westeuropas verlangt werden müssen, werden nur dann verwirklicht, wenn der Glaube jedes Einzelnen an die Erreichbarkeit des Ziels gestärkt werden kann. Angesichts einer russischen Unterjochung und Ausbeutung, welche die Vernichtung der europäischen Kultur und Zivilisation bedeuten würde, ist es schwer verständlich, weshalb die europäischen Nationen nicht die allergrößten Anstrengungen

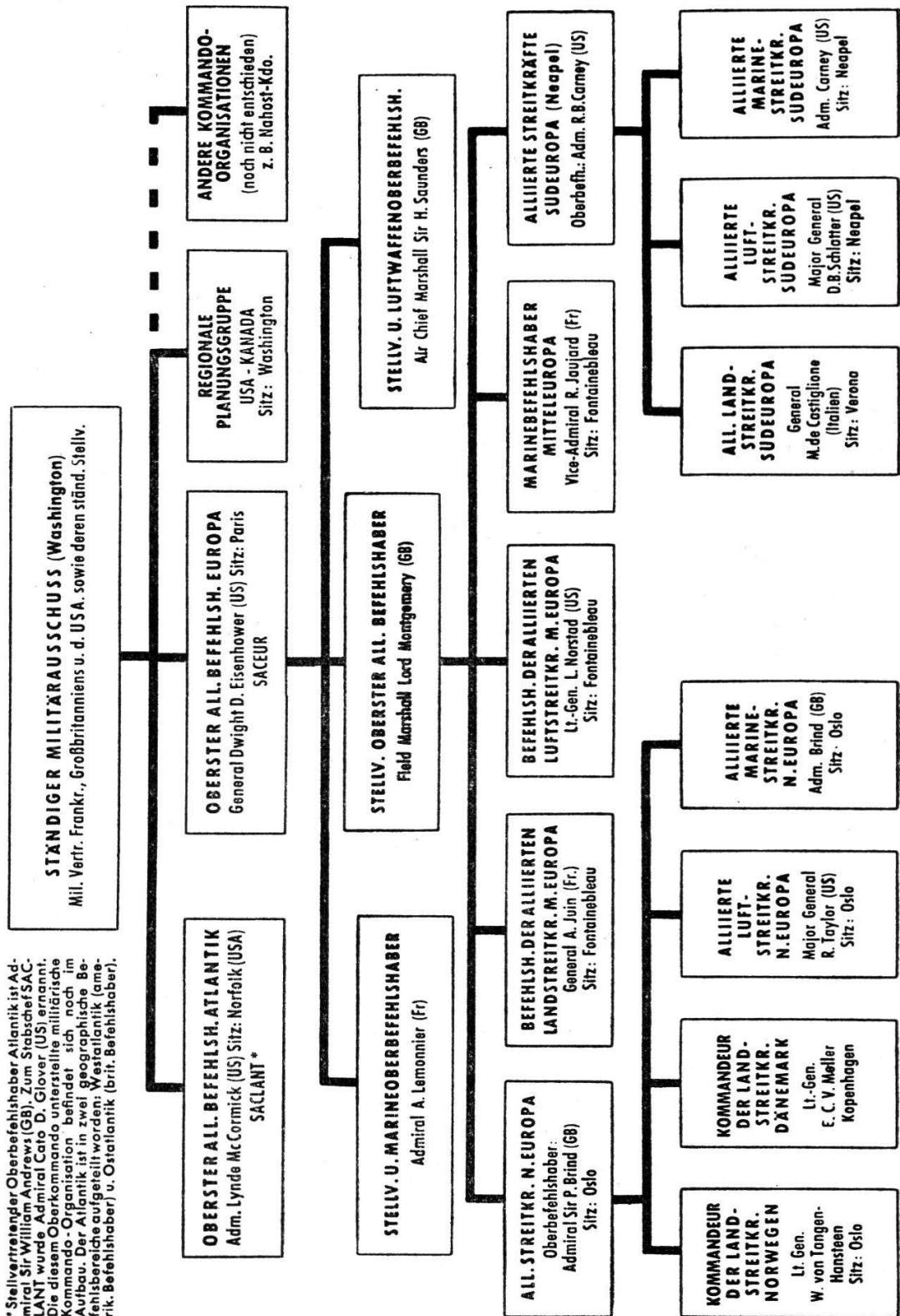
machen, um sich zu retten. Viele Leute scheinen die Wirklichkeit der Gefahr nicht zu begreifen, oder sie glauben nicht an die Möglichkeit ihrer Abwendung, wenn sie ihre ganze Energie zusammennehmen. Es ist kaum faßbar, daß selbst die zahlreichen Kommunisten in den verschiedenen europäischen Ländern keine klare Vorstellung von dem Leben haben, das ihrer harrt, wenn sie erst einmal unter der Herrschaft der Sowjets sind. Gewiß nehmen auch die Idealisten und Theoretiker unter diesen Kommunisten nicht an, daß die Sowjetunion bloß ideologische Anstrengungen macht, die Lehren von Marx und Engels zu popularisieren. Ihre Betätigung in der fünften Kolonne soll angeblich dem abstrakten Kommunismus zugute kommen, trägt aber tatsächlich dazu bei, die Zwangsherrschaft des imperialistischen Rußlands und den Stalinschen Staatskapitalismus auszubreiten. Natürlich erhalten die Naiven unter ihnen Zuzug seitens der Verzweifelten und der Zyniker, die sich bemühen, mit der Strömung zu treiben, die sie für den Strom der Zukunft halten.

Das dritte Requisit für die Verteidigung Europas ist die bessere *Aufklärung* über die Krise, der alle gegenüberstehen. Sie muß in immer weitere Kreise hineingetragen werden, gut organisiert und mit größter Intensität betrieben werden. Sie darf sich nicht nur mit der Natur und dem Umfang der Gefahr befassen, sie muß auch die Mittel und Wege zu deren Abwendung aufzeigen. Pessimismus und Gleichgültigkeit, die den Westen daran hindern, seine volle Kraft zu entfalten, können überwunden werden. Erst wenn jeder Europäer klar erkennt, was er von einem russischen Sieg zu erwarten hat und was er tun kann, um diesen Sieg zu verunmöglichen, wird ein Einklang hingebungsvoller Bemühungen den drohenden Krieg entweder abwenden oder, sofern der Krieg trotzdem ausbrechen sollte, den Sieg bringen.

Miles

Abdruck aus Europa-Archiv Nr. 5/1952. Es wird speziell hingewiesen auf den Aufsatz «Atlantikpakt und Europäische Verteidigungsgemeinschaft».

Die militärische Struktur (Kommando-Organisation) der NATO Nach dem Stand vom Januar 1952



* Stellvertretender Oberbefehlshaber Atlantik ist Admiral Sir William Andrews (GB). Zum Stabschef SACLANT wurde Admiral Cato D. Glover (US) ernannt. Die diesem Oberkommando unterstellte militärische Kommando-Organisation befindet sich noch im Aufbau. Der Atlantik ist in zwei geographische Befehlsbereiche aufgeteilt worden: Westatlantik (amerik. Befehlshaber) u. Ostatlantik (brit. Befehlshaber).